

1720

18. Oktober 1978

Beitrag der Schweiz an den administrativen Aufwand der Kommission für transnationale Gesellschaften und der ad hoc Arbeitsgruppe zum Studium der Korruptionsprobleme des ECOSOC

- Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 18. September 1978
(Beilage)
- Politisches Departement. Mitbericht vom 29. September 1978
(Zustimmung)
- Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 26. September 1978
(Zustimmung)
- Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 26. September 1978
(Beilage)
- Volkswirtschaftsdepartement. Stellungnahme vom 5. Oktober 1978
(Zustimmung)

Gestützt auf den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements und auf das Mitberichtsverfahren hat der Bundesrat

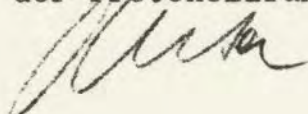
b e s c h l o s s e n :

1. Die der Schweiz aus ihrer Mitgliedschaft in der UNO-Kommission für transnationale Gesellschaften und ihrer Beteiligung an den Arbeiten des ECOSOC über die Korruptionsbekämpfung jährlich erwachsenden Kostenbeiträge sind nach Erhalt der jeweiligen Abrechnungen an die UNO zu überweisen.
2. Diese Beiträge sind für 1978 dem Budgetposten 201.493.08 "administrative Kosten der Teilnahme der Schweiz an internationalen Konferenzen und Kommissionen" des EPD zu belasten.
3. Für 1979 wird das Politische Departement ermächtigt, für allfällige 1979 fällig werdende Beiträge einen Zusatzkredit zu verlangen.

Protokollauszug an:

- | | | | |
|----------|----|-----|----------|
| - EVD | 15 | zum | Vollzug |
| - EPD | 6 | zur | Kenntnis |
| - JPD | 5 | " | " |
| - FZD | 7 | " | " |
| - EFK | 2 | " | " |
| - FinDel | 2 | " | " |

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2510.20

3003 Bern, den 18. September 1978

Ausgeteilt

An den Bundesrat

Beitrag der Schweiz an den administrativen
 Aufwand der Kommission für transnationale
 Gesellschaften und der ad hoc Arbeitsgruppe
 zum Studium der Korruptionsprobleme des
 ECOSOC

I

Im 9. Aussenwirtschaftsbericht vom 17. August 1977 haben wir die eidgenössischen Räte darüber informiert, dass die Schweiz an der 62. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (ECOSOC) für die Dauer von 3 Jahren, beginnend am 1. Januar 1978, zum Mitglied der Kommission für transnationale Gesellschaften gewählt worden ist. Diese Wahl erlaubt der Schweiz in den kommenden Jahren, in denen die Arbeiten über einen Verhaltenskodex für multinationale Unternehmen in die entscheidende Phase treten werden, direkt an den Verhandlungen teilzunehmen. Sie ermöglicht der Schweiz eine bessere Wahrung ihrer Interessen in diesen Verhandlungen, die für sie angesichts der grossen Bedeutung der multinationalen Unternehmen für unsere Volkswirtschaft besonders wichtig sind.

Aufgrund einer Aenderung der finanziellen Organisationsvorschriften der UNO, auf die wir vom UNO-Sekretariat in einem Schreiben vom 26. April 1978 aufmerksam gemacht worden sind, haben die Nichtmitgliedländer der UNO einen Beitrag an die finanziellen Aufwendungen der Organe zu leisten, in denen sie mitwirken. Die auf die einzelnen Länder entfallenden Kostenanteile - die von den Mitgliedländern der UNO über ihren ordentlichen Budgetbeitrag finanziert werden - berechnen sich nach dem Verteilschlüssel der UNO, der für die Schweiz gegenwärtig eine Kostenbeteiligung von 0,96 % vorsieht. Ausgehend vom Budgetvoranschlag der UNO für die Zweijahresperiode 1978/79, der im Bereich der transnationalen Unternehmen (Zentrum, Kommission, Arbeitsgruppen) mit einem Aufwand von rund \$ 6,2 Mio. rechnet, dürfte der jährlich von der Schweiz zu übernehmende Kostenanteil somit rund \$ 30'000 betragen.

II

Der ECOSOC setzte an seiner 61. Tagung im Sommer 1976 eine intergouvernementale Arbeitsgruppe mit beschränkter Mitgliederzahl zum Studium der Korruptionsprobleme ein. Dieser Beschluss erfolgte auf Initiative der Vereinigten Staaten, die aufgrund der Enthüllungen über illegale Zahlungen amerikanischer Firmen (Lockheed) zur Ueberzeugung gelangten, der Korruption müsse durch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit wirkungsvoll begegnet werden. Im Sommer 1977 stimmte der ECOSOC einer Fortsetzung der Arbeiten zu und beschloss gleichzeitig, die Arbeitsgruppe allen interessierten Ländern zu öffnen.

Die Schweiz, die im ersten Jahr den Verhandlungen nur als Beobachter folgen konnte, nimmt seither als gleichberechtigtes Mitglied daran teil. Diese Teilnahme drängt sich aus aussenpolitischen, aussenwirtschaftlichen und rechtlichen (im Vordergrund steht eine Verstärkung der internationalen Rechtshilfe) Gründen auf.

Bezüglich der Beteiligung der Schweiz am finanziellen Aufwand der Arbeitsgruppe ist die Situation gleich wie im Bereich der transnationalen Unternehmen. Es muss mit einem jährlichen Kostenbeitrag von \$ 1'200 gerechnet werden.

III

Die Mitwirkung der Schweiz in den erwähnten UNO-Gremien bringt keinen zusätzlichen Personalbedarf mit sich.

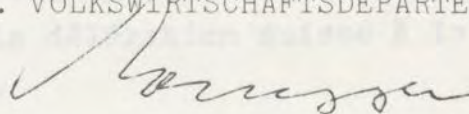
* * *

Im Einvernehmen mit dem Eidg. Politischen Departement, dem Eidg. Justiz- und Polizeidepartement und dem Eidg. Finanz- und Zolldepartement beehren wir uns, Ihnen zu

b e a n t r a g e n :

1. Die der Schweiz aus ihrer Mitgliedschaft in der UNO-Kommission für transnationale Gesellschaften und ihrer Beteiligung an den Arbeiten des ECOSOC über die Korruptionsbekämpfung jährlich erwachsenden Kostenbeiträge sind nach Erhalt der jeweiligen Abrechnungen an die UNO zu überweisen.
2. Diese Beiträge sind dem Budgetposten 201.493.08 "administrative Kosten der Teilnahme der Schweiz an internationalen Konferenzen und Kommissionen" des EPD zu belasten.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Zum Mitbericht an:

- Politisches Departement
- Justiz- und Polizeidepartement
- Finanz- und Zolldepartement

Protokollauszug an:

- Volkswirtschaftsdepartement (15 Exemplare), zum Vollzug
- Politisches Departement (5 Exemplare)
- Justiz- und Polizeidepartement (5 Exemplare)
- Finanz- und Zolldepartement (5 Exemplare)

3003 Berne, le 26 septembre 1978

Distribué

Au Conseil fédéral

Participation de la Suisse aux frais administratifs
de la Commission pour les sociétés transnationales
et du Groupe de travail de l'ECOSOC sur la corruption

983

Rapport - joint à la proposition du Département de
l'économie publique du 18 septembre 1978

La proposition du Département de l'économie publique rencontre
notre accord.

En ce qui concerne l'imputation budgétaire des dépenses prévues par cette proposition nous voudrions apporter les précisions suivantes:

1. Ainsi que le prévoit le point 2 du dispositif, ces dépenses devront être mises à la charge de l'article budgétaire 201.493.08 "Frais administratifs résultant de la participation de la Suisse à des conférences ou commissions internationales" du Département politique. Il s'agit d'un nouvel article, dont l'ouverture a été décidée par décision du Conseil fédéral du 17 juillet 1978, suite à notre rapport-joint du 12 juillet concernant la délégation suisse à la Conférence mondiale sur le racisme.
2. Dans l'impossibilité de prévoir de manière plus ou moins exacte les dépenses qui pourraient intervenir en 1979 à la charge de cet article - les décomptes de l'ONU afférents à

15. Oktober 1978

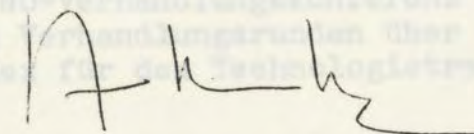
ces frais n'étant présentés qu'après clôture des comptes de l'Organisation, soit dans un délai pouvant atteindre deux ans - il a été décidé, d'entente avec les services compétents du DPF, de renoncer à inscrire un crédit ad hoc dans le projet de budget 1979.

3. Il conviendra dans ces circonstances, pour autant que les dépenses en question échoient en 1979 déjà, d'autoriser le Département politique à présenter une demande de crédit supplémentaire pour lui permettre d'y faire face.

Entgegenüber hat der Bundesrat

beschlossen:

DEPARTEMENT FEDERAL DES
FINANCES ET DES DOUANES



G.-A. Chevallaz

1. Die Schweiz nimmt an der 1978 in Genf stattfindenden UNO-Verhandlungskonferenz sowie an weiteren allenfalls nötigen Verhandlungen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Weltraum teil.
2. Der Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird in Hinblick von von Richtlinien für die schweizerische Verhandlungsdelegation genehmigt.
3. Mit der Leitung der schweizerischen Delegation wird Botschafter A. Dunkel, Delegierter für Handelsverträge, Handelsabteilung EFD, betraut. In Anbetracht der gleichzeitig in Genf stattfindenden anderen Verhandlungen (Tokyo-Runde, Weltraumkonferenz, Rohstofffonds, Finanzausschuss der UNCTAD) sowie des Arbeitsprogramms an der Zentrale in Bern, wird es für den Chef der Delegation sowie für die Mitarbeiter der auf Bundesebene an der Konferenz interessierten Dienststellen (vom Volkswirtschaftsdepartement der Entwicklungs- und Rechtsdienst der Handelsabteilung, vom Politischen Departement u.a. die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und vom Justiz- und Polizeidepartement die Justizabteilung und das Amt für geistiges Eigentum) nicht möglich sein, ständig an der Konferenz anwesend zu sein. Deshalb werden die Herren P. Baladia und J. Cuttat, Chef bzw. stellvertretender Chef des Entwicklungsdienstes, die abwechselungsweise in Genf sein werden, als stellvertretende Delegationschefs angewandt werden. Für die Behandlung spezifischer Fragen stehen der Delegationsleitung Experten aus der Verwaltung und der